

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

An die Deutschschweizer Medien



Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor Ihnen liegt der letzte Pressedienst des überparteilichen "Schweizerischen Aktionskomitees gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993".

Am Abstimmungssonntag werden Ihnen von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr folgende Co-Präsidenten für Stellungnahmen zur Verfügung stehen:

Ständerätin Christine Beerli (FDP/BE)	Tel. 032/53 50 19
Nationalrat Josef Leu (CVP/LU)	Tel. 041/88 32 31
Nationalrat Otto Hess (SVP/TG)	Tel. 071/48 12 31

In diesem letzten Pressedienst stellen wir Ihnen folgende Beiträge zur freien Verwendung zur Verfügung:

1. **Schlussappell des Abstimmungskomitees**
2. **Für eine wehrhafte oder bloss amtlich vermessene Schweiz?**
von Ständerat Kurt Schüle (FDP/SH)
3. **Salamitaktik nach gescheiterem Generalangriff**
von Nationalrat Ulrich Fischer (FDP/AG)
4. **2 x Nein aus Sicht der Frau**
von Nationalrätin Elisabeth Zölch (SVP/BE)
5. **Die Waffenplatz-Initiative nicht vergessen!**
von Nationalrat Otto Hess (SVP/TG)

6. **Haben Sie an der Haustüre ein Schloss?**
von Ständerat Markus Kündig (DVP/ZG)
7. **Die Lämmer und die Böcke**
von alt Nationalrat Albert Rüttimann (CVP/SG)
8. **Missbrauch der Initiativrechts und Irreführung**
von alt Nationalrat Hans Oester (EVP/ZH)
9. **Die Armee ist auch Frauensache**
von Oberst Doris Portmann-Gilomen, Fürsprecherin, Stab Flieger- und Fliegerabwehrtruppen
10. **Eine Schweiz ohne Flugwaffe: Vier fiktive Zukunftsszenarien**
von Laurent Carrel, Prof. für aktuelle Militärwissenschaften an der Universität Bern
11. **Andreas Gross - Vom Vordenker zum Märtyrer?**
von Divisionär z.D. Gustav Däniker
12. **Parolenspiegel**
13. **Skizze Konflikte in der Welt**
14. **Inhaltsverzeichnis der bisher erschienen Artikel**

Obwohl dies der letzte Pressedienst ist, stehen wir Ihnen bis zum Abstimmungssonntag weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung (Telefonnummer im Briefkopf). Schon jetzt aber danke ich Ihnen im Namen des Aktionskomitees ganz herzlich für Ihre Informationsarbeit, die Sie auch in diesem Abstimmungskampf geleistet haben.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss des
"Schweizerischen Aktionskomitees
gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993"

Anna-Marie Kappeler

Beilagen erwähnt

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Schutz nicht leichtfertig aufgeben

**Schlussaufruf des schweizerischen Aktionskomitees "gegen eine
Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"**

(Communiqué)

Nach einem intensiv geführten Abstimmungskampf um die Waffenplatz-Initiative und die Anti-Flugwaffen-Initiative weist das überparteiliche schweizerischen Aktionskomitee "gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" noch einmal mit Nachdruck auf die Bedeutsamkeit des Urnenganges vom 6. Juni 1993. Das Aktionskomitee ruft auf, für den Schutz der Schweizer Bevölkerung, für die Souveränität unseres Landes. Im Interesse einer moderneren, kleineren, aber leistungsfähigen Armee und einer zeitgemässen Ausbildung unserer Soldaten beide Initiativen klar abzulehnen.

Das Aktionskomitee erinnert daran, dass sich die Anti-Flugwaffen-Initiative nicht nur gegen den geplanten Kauf der 34 F/A-18 Kampfflugzeuge richtet, sondern ein Moratorium bis zum Jahre 2000 bezweckt. Während dieser Zeit bliebe unser Land und unsere Bevölkerung ohne Schutz.

Die Waffenplatz-Initiative unter dem irreführenden Titel "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär" will die Modernisierung der Ausbildung verhindern und sinnvolle und umweltgerechte Lösungen für militärische Bauvorhaben behindern. Beide Initiativen stellen die Armeereform in Frage.

Mit dem Kauf der 34 F/A-18 Kampfflugzeuge werden 130 veraltete Hunter aus dem Jahre 1958 ersetzt. Diese Beschaffung ist dringend notwendig und finanziell verkraftbar. Jeder andere Lösung wäre nicht nur ein Risiko, sondern am Ende um ein Mehrfaches teurer. Entgegen der irreführenden Behauptung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat der Kaufpreis der Kampfflugzeuge keine Auswirkungen auf Sozialwerke oder auf Steuern. Die Kosten für die Modernisierung unserer Luftwaffe verteilen sich auf sieben Jahre und wurden vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) bereits zusammengespart, und dies obwohl die Rüstungsinvestitionen beim EMD zwischen 1990 und 1996 real um einen Viertel abnehmen.

Aus Verantwortung für unser Land lehnen wird deshalb das überparteiliche Aktionskomitee, Bundesrat und Parlament die Initiativen ab.

Das Aktionskomitee steht unter dem Co-Präsidium von Ständerätin Christine Beerli (FDP/BE), Ständerat Willy Loretan (FDP/AG), Ständerat Oswald Ziegler (CVP/UR), Nationalrat Josef Leu (CVP/LU), Nationalrätin Elisabeth Zölch (SVP/BE) und Nationalrat Otto Hess (SVP/TG) sowie Ständerat Gilbert Coutau (LPS/GE) und Nationalrat Jean-François Leuba (LPS/VD). Ueber 140 Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind dem Komitee beigetreten.

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Für eine wehrhafte oder bloss amtlich vermessene Schweiz?

von FDP-Ständerat Kurt Schüle, Schaffhausen

Die Initianten "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" wollen im Grunde genommen die Schweizer Armee völlig abschaffen. Sie halten heute mit ihrer Ueberzeugung indessen zurück und argumentieren primär finanzpolitisch: "zu teuer" sei der Kauf der neuen 34 Kampfflugzeuge, die die 130 aus dem Jahre 1958 stammenden Hunter ersetzen sollen.

Eine glaubwürdige Landesverteidigung setzt einen Luftschirm voraus. Wer seinen Luftraum nicht beherrscht, ist höchst verletzlich. Ein Luftschirm ist nötig zur Wahrnehmung luftpolizeilicher Aufgaben im Krisenfall wie zur Sicherung der Bereitstellung der Armee und für ihren Einsatz. Die Luftwaffe hat im Ernstfall die Zivilbevölkerung ebenso wie die Truppe am Boden zu schützen. Doch hier klafft in unserer Landesverteidigung heute eine empfindliche Lücke.

Moderne Technologie ist nicht billig, sei es im zivilen wie im militärischen Bereich. Das zeigen die wachsenden Aufwendungen für die Wissenschaft ebenso wie für militärische Beschaffungsprojekte. Auch im Rüstungsbereich haben die neuen Technologien indessen zu gewaltigen Effizienz- und Leistungssteigerungen geführt. Die neuen Kampfflugzeuge mit ihrer Elektronik werten unsere Mirages und Tigers auf wie auch unsere Bodentruppen, vor allem die mechanisierten Verbände.

Modernisierung ohne Kostenexplosion

Die Ausgabenentwicklung im Militärdepartement zeigt deutlich auf, dass eine gezielte Modernisierung ohne Kostenexplosion möglich bleibt. Im Gegensatz zu einigen anderen Aufgabengebieten des Bundes, von denen keineswegs vollständig der Verkehr, die Forschung und die Beziehung zum Ausland genannt seien, konnten die Militärausgaben in den vergangenen Jahren wie in den Finanzplan-Perspektiven absolut im Griff behalten werden.

Seit Jahrzehnten nimmt die Bedeutung der Landesverteidigung im Finanzhaushalt des Bundes kontinuierlich ab, obschon ja die "Behauptung der Unabhängigkeit" im Zweckartikel der Bundesverfassung nach wie vor an erster Stelle steht und bisher auch noch nie mit einem Volksbegehren in Frage gestellt worden wäre. 1960 entfielen noch 35%

des Bundeshaushaltes auf die Landesverteidigung; und von 1970 bis zum laufenden Budgetjahr 1993 hat sich dieser Anteil ebenso markant von 26% auf 15% zurückgebildet. Innerhalb des Voranschlages 1993 entfallen dabei noch ganze 12% auf das Budget des Militärdepartementes und die weiteren 3% auf die übrigen Ausgaben der Gesamtverteidigung, so etwa auf den Zivilschutz. Als einziges Departement hat das EMD in den letzten Jahren sein Budget zurückgestutzt und auch effektiv Personal abgebaut. Während zwischen 1992 und 1996 gemäss Finanzplanung die Bundesausgaben real um 3% jährlich ansteigen dürften, werden die Militärausgaben um real 2% sinken.

Klare Prioritätenordnung des EMD

Als Folge einer klaren Prioritätenordnung könnten auch die Rüstungsinvestitionen zurückgenommen werden. Sie werden 1996 real noch etwa drei Viertel ihres Standes von 1990 erreichen - trotz eingeplanter Flugzeugbeschaffung! Für diesen Kauf neuer Kampfflugzeuge haben die eidgenössischen Räte einen Verpflichtungskredit von 3'495 Mio. Franken genehmigt. Dieser (im Rahmen der jährlichen Zahlungskredite erst noch bereitzustellende) Investitionsbetrag mag auf den ersten Blick hoch erscheinen. Er ist indessen in den Gesamtrahmen des Bundeshaushaltes und in den richtigen Zeithorizont hineinzustellen. Die Beschaffung wird sich über etwa sieben Jahre erstrecken und jährlich 500 Mio. Fr. erfordern. Auf das Bundesbudget 1993 von 39'685 Mio. Fr. bezogen, sind das 1,25%. auf die dreissigjährige Einsatzdauer umgerechnet, kostet uns diese Investitionen ohne den Unterhalt jährlich 120 Mio. Fr. und pro Einwohner knapp 20 Franken. Es ist zudem finanzpolitisch unredlich, den Bürger glauben zumachen, ein Verpflichtungskredit könnte einfach für andere Zwecke ausgegeben werden.

Wenig bekannte Bundesaufwendungen

Wir haben diese prioritäre Rüstungsvorhaben im übrigen zu beurteilen aufgrund eines Quervergleichs, welche Aufwendungen der Bund im Rahmen seiner gesamten Staatstätigkeit sonst noch tätigt. Welche Sachgebiete man auch betrachtet, Bundesaufgaben sind in aller Regel ausserordentlich teuer. 1992 hat der Bund etwa - trotz einem Rückgang der Asylgesuche um über 50% - weitere 687 Mio. Fr. für die "Flüchtlingshilfe im Inland" ausgegeben, 10 Mio. Fr. mehr als im Vorjahr. Im landwirtschaftlichen Bereich wiederum waren es allein für die Preis- und Absatzsicherung in der Viehwirtschaft 1'205 Mio. Fr. Aber selbst weniger bekannte Aufgaben erfordern immense Beträge. Als Beispiel sei die Reform der amtlichen Vermessungen erwähnt. Dieses Projekt wird die Öffentlichkeit in den nächsten 30 Jahren nach der Botschaft des Bundesrates 3'530 Mio. Fr. kosten. Davon sind 2'800 Mio. Fr. der eigentlichen Vermessung zuzurechnen (ein Drittel der Schweiz ist heute noch unvermessen!), der Rest fällt auf die Vermarkung. Solche nicht-militärischen Staatsaufgaben werden offenbar als völlig selbstverständlich und zwingend betrachtet.

Diesem Bundesbeschluss über die amtliche Vermessung mit Gesamtkosten von 3'530 Mio. Fr. (oder 80 Mio. Fr. mehr als für die Flugzeugbeschaffung) haben die eidgenössischen Räte am 20. März 1992 ohne jede Opposition zugestimmt: mit 158 zu null

Stimmen der Nationalrat, mit 42 zu null Stimmen der Ständerat. Die Milliardensumme hat dabei offensichtlich niemanden kopfscheu gemacht. Auch die finanzpolitische neuerdings so sensiblen Vertreter der Gruppe Schweiz ohne Armee haben zu diesem 3'530 Millionen Staatsausgaben ja gesagt. Wenn sie schon keine wehrhafte Schweiz mehr wollen, so denn doch zumindest eine amtlich vermessene! Und solcher Logik soll das Schweizervolk folgen? Das NEIN am 6. Juni zur GSoA-Initiative ist auch finanzpolitisch wohlbegründet!

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Salamitaktik nach gescheitertem Generalangriff

von FDP-Nationalrat Ulrich Fischer, Seengen (AG)

Al Kompromiss zwischen jenen, welche 1989 die Armeeabschaffungsinitiative abgelehnt haben und jenen, welche dieser zugestimmt haben, bezeichnet die GSoA neuerdings die beiden am 6. Juni zur Abstimmung gelangenden armeefeindlichen Initiativen. Eine Zwei-Drittel-Vorlage gewissermassen, zwischen Beibehalten und Abschaffen der Armee, nachdem die Abschaffungsinitiative mit Zwei-Drittels-Mehrheit klar abgelehnt wurde? Nach dieser Logik würde das Moratorium für Kernkraftwerke statt 10 Jahre nur 5 1/2 Jahre dauern, weil diesem nur 54,6 % zugestimmt haben! Ob solchem Demokratieverständnis kann man nur den Kopf schütteln.

Nachdem der direkte Weg der GSoA 1989 nicht zum Ziel geführt hat und sie eine klare Niederlage einstecken musste, haben sich die Armeeabschaffer nun für die Salamitaktik entschieden. Scheibchenweise soll die Landesverteidigung so geschwächt werden, dass sie schliesslich keinen Sinn mehr macht und ihnen die Abschaffung dereinst wie eine reife Frucht in den Schoss fallen wird. Wer diese Salamitaktik durchschaut, wird sich gegen die Flugwaffenabschaffungs- und die Anti-Waffenplatz-Initiative wenden, mit denen auf Umwegen das gleiche Ziel der Wehrlosmachung der Schweiz verfolgt wird.

Auch das finanzielle Argument der Initianten ist nicht stichhaltig. In keinem Sektor der Bundesverwaltung sind die Ausgaben in den letzten Jahren reduziert worden, mit Ausnahme beim EMD. Der Anteil der Militärausgaben an den Bundesausgaben liegt heute lediglich noch bei 12 Prozent, während er vor nicht allzulanger Zeit rund 30 Prozent betragen hat. Auch 1993 verzeichnen alle Departemente Zuwachsraten im Durchschnitt von über 8 Prozent, während das Militärdepartement einen Ausgabenrückgang von 6 Prozent ausweist. Trotzdem lässt sich die Anschaffung der F/A-18 verkraften, weil diese Ausgabe auf mehrere Jahr verteilt und auf andere ebenfalls nötige Rüstungsvorhaben verzichtet wird. Es kann deshalb keine Rede davon sein, wegen der Flugzeugbeschaffung müssten soziale Anliegen zurückstehen, wie oftmals behauptet wird. Vielmehr werden die Ausgaben aller anderen Departemente weiterhin fröhlich ansteigen, ohne dass mit dem gleichen Massstab wie beim EMD gemessen wird.

Wer unsere Wehrbereitschaft aufrecht erhalten will, was beim heutigen politischen Umfeld in Europa mehr denn je nötig ist, muss den beiden armeefeindlichen Initiativen am 6. Juni eine klare Absage erteilen.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

2 x Nein aus Sicht der Frau

von SVP-Nationalrätin Elisabeth Zölch, Bern

Bei den beiden Abstimmungen vom 6. Juni geht es um die Existenz einer glaubwürdigen und schlagkräftigen Defensivarmee; es geht um unseren Schutz, für den wir selber verantwortlich zeichnen wollen; es geht aber auch um die Glaubwürdigkeit unseres Landes innerhalb der Staatengemeinschaft. Denn ein Land, das sich ratenweise selbst entwaffnet, wird in der Staatengemeinschaft nicht ernst genommen.

Gerade auch bei uns Frauen ist Information über die Konsequenzen der beiden Initiativen wichtig, weil wir sicherheitspolitische Themen in der Regel nicht aus eigenem, direktem Erleben heraus beurteilen.

Sozialausgaben werden nicht belastet

Es gibt unter uns viele Frauen, die zwar unsere Armee befürworten, aber befürchten, mit der Beschaffung der teuren Flugzeuge könnte die AHV gekürzt und die Steuerlast erhöht werden. Andere glauben, es wäre besser mit dem Geld Arbeitsplätze zu erhalten, neue Beschäftigungsprogramme oder Sozialeinrichtungen zu finanzieren. Das ist ein Irrtum: Der Kauf des neuen Flugzeuges führt zu keinen Steuererhöhungen und erfolgt keineswegs auf Kosten von anderen Aufgaben wie Sozialversicherungen, Landwirtschaft, Stipendien, Gesundheitswesen usw. Die Nichtbeschaffung des F/A-18 führt aber auch nicht zu Einsparungen, weil die bestehende Lücke in der Luftverteidigung durch andere Waffensysteme geschlossen werden müsste. Es ist falsch, Bundesausgaben gegeneinander auszuspielen.

Es gibt unter uns Frauen auch viele, die nicht darüber orientiert sind, dass die Beschaffung der neuen Flugzeuge, welche die über 30-jährigen, heute veralteten Hunter ersetzen soll, über das ordentliche, vom Parlament genehmigt Militärbudget erfolgt. Sie denken, die Kaufsumme sei in einer Zeit, in der alle zum Sparen gezwungen würden, zu gross.

Pro Jahr werden uns die 34 F/A-18, welche eine Lebensdauer von 30 Jahren haben, pro Kopf nur gerade Fr. 25.-- kosten (Unterhalts- und Betriebskosten miteingeschlossen). Für die Krankenversicherung geben Schweizerinnen und Schweizer pro Kopf und Jahr im Durchschnitt über Fr. 2000.-- aus.

Schliesslich ist das EMD das einzige Departement, dessen Ausgaben real abnehmen. 1993 werden die Rüstungsausgaben noch 12 % des Budgets ausmachen.

Die Beschaffung der Flugzeuge wird - dies ist ein Nebeneffekt - aber Arbeitsplätze sichern, rund 4000 während fünf Jahren. Es wäre daher sehr kurzsichtig und verhängnisvoll, wegen kurzfristigen und nur scheinbaren Vorteilen die sichere Existenz unseres Landes jetzt und in Zukunft zu gefährden.

Immer wieder höre ich - gerade auch von Frauen - dass es sinnvoller wäre, wenn die Kaufsumme für die Flugzeuge für Massnahmen gegen Hungersnöte, Ueberbevölkerung, Korruption in anderen Ländern usw. eingesetzt würde. Der Kauf der 34 F/A-18 schliesst jedoch keineswegs aus, sich eingehend mit den genannten Problemen im In- und Ausland zu befassen und nach finanzierbaren, sinnvollen Lösungen zu suchen.

Auch eine Frage der Neutralität

Im übrigen ist auch immer wieder darauf hinzuweisen, dass die neutrale Schweiz verpflichtet ist, den Luftraum über ihrem Territorium auch in Friedenszeiten zu überwachen und zu sichern. Diese Aufgabe können heute aber nur moderne Kampfflugzeuge, wie die F/A-18 erfüllen. Oder sollen fremde Mächte unseren Luftraum sichern und sich dafür bezahlen lassen? Die bewaffnete Neutralität der Schweiz verlangt konsequenterweise ein NEIN gegenüber der Flugzeuginitiative, die eine eigentliche Selbstentwaffnungsinitiative ist.

Schliesslich sind wir Frauen angesprochen, wenn wir an das Gute im Menschen glauben und die Ansicht vertreten, nur ohne Armeen werde ein friedliches Zusammenleben zwischen den Menschen und Völkern zustande kommen. Jedes Zusammenleben unter Menschen erfordert "Spielregeln"; das Einhalten dieser Spielregeln muss - notfalls - erzwungen werden können. Sicherheit basiert primär auf der Stabilität des internationalen Staatengefüges. Streitkräfte sind wichtige friedenspolitische Instrumente zur Förderung einer stabilen Staatenordnung und damit einer stabilen internationalen Friedensförderung.

Umweltfreundliche Ausbildung ist wichtig

Zur Initiative "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär": Mit dem ersten Teil des Initiativtitels (40 Waffenplätze sind genug) wird den eidgenössischen Behörden unterstellt, sie wollten ihre Position in militärischen Belangen verstärken und ihre Macht erweitern. Damit versuchen die Initianten, u.a. auch bei den Frauen, Gefühle gegen einen Machtzuwachs des Militärs zu wecken. Allein das EMD beabsichtigt nicht, neue Waffenplätze zu bauen. Ziel ist es vielmehr, die bestehenden Anlagen besser zu nutzen. Doch auch das will die Initiative verhindern. Sie verlangt nämlich, was in ihrem Titel verschwiegen wird, dass die "bestehenden Plätze nicht erweitert werden dürfen". Eine solche Einschränkung ist untragbar, müssen die Uebungszentren

doch den neuen Anforderungen an die Ausbildung gerecht werden. Eine zeitgemässe, kostengünstige und umweltfreundliche Ausbildung unserer Soldaten setzt entsprechende Räumlichkeiten (z.B. Unterkünfte) und modernes Uebungsmaterial (z.B. Simulatoren) voraus. Die Annahme der Initiative würde, wie gesagt, eine Modernisierung der Waffenplätze erheblich erschweren oder gar verunmöglichen. Die Ausbildung der Armeeangehörigen darf auch uns Frauen nicht gleichgültig sein.

Der Umweltschutz liegt - gerade auch den Frauen - verständlicherweise sehr am Herzen. Viele Frauen fühlen sich deshalb durch den zweiten Teil des Initiativtextes angesprochen. Sie werden sich sagen: Stimmt eigentlich, wieso soll das Militär nicht auch Umweltschutz betreiben? Ziemlich sicher wissen nur wenige, dass im Juni 1992 im EMD eine Umweltschutzverordnung in Kraft gesetzt wurde, welche den Schutz der Natur im Zusammenhang mit militärischer Ausbildung garantiert. Bundesrechtliche Normen über Umweltschutz und über Raumordnung haben auch für die Armee volle Gültigkeit. Zeitgemässe Waffenplätze reduzieren die Belastung anderer Plätze im Grünen. Auch dieser Initiative müssen wir Frauen daher ein NEIN entgegensetzen.

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Waffenplatz Initiative nicht vergessen!

von Nationalrat Otto Hess (SVP/ITG)

Das Schwergewicht des Abstimmungskampfes über die Armeevorlagen vom 6. Juni lag bisher eindeutig bei der Frage der Flugzeugbeschaffung. Das Volk steht bei dieser Anti-Waffenplatz-Initiative noch immer unter dem Eindruck, es gehe lediglich um den Bau der Kaserne Neuchlen-Anschwilen. Auch wenn der Ausbau des Waffenplatzes Herisau-Gossau besonders den Ostschweizern am Herzen liegt, darf uns das nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei der Initiative "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär", um weit mehr geht, als bloss um Neuchlen-Anschwilen.

Drei Forderungen werden in dieser Initiative gestellt:

1. Der Ersatz von veralteten und ausgedienten militärischen Anlagen, sowie Ausbauprojekte und Sanierungsvorhaben können in der ganzen Schweiz nicht mehr oder nur noch unter erschwerten Verhältnissen realisiert werden.
2. Sowohl Waffen-, Schiess-, Übungs- und Flugplätze, wie auch Kampf- und Führungsbauten, Uebermittlungsanlagen, Bauten für Logistik, wie Munitionsmagazine, Tankanlagen, Versorgungsmagazine, Zeughäuser, Armeemotorfahrzeugparks, Bauten für Rüstungsbetriebe müssen der kantonalen Gesetzgebung über Schutz der Umwelt, der Raumplanung und der Baupolizei unterstellt werden.
3. Für die abgebrochenen Anlagen der Kaserne St. Gallen kann kein Realersatz geschaffen werden. Die Kosten für bereits ausgeführte und projektierte Ausbauarbeiten auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau wären verlorenes Geld. Der alte Zustand muss wieder hergestellt werden.

Dies, obwohl das Parlament dieses Projekt im Oktober 1989 mit überwältigendem Mehr geheissen hatte.

Ich will nicht auf die Problematik des irreführenden Titels eintreten, der klar zum Zweck der leichteren Unterschriftensammlung gewählt wurde. Er hat nichts zu tun mit dem was im Text beabsichtigt wird.

Zeitgemässe Ausbildung ist dringendes Erfodernis

Die schwerwiegende Folge dieser Volksinitiative ist der Umstand , dass unsere Ausbildungsplätze nicht mehr den Erfordernissen der Zeit angepasst werden könnten.

Neue Waffensysteme erfordern neue Anlagen, wenn die Ausbildung der Truppe effizient durchgeführt werden soll. Die Armee 95, die zahlenmässig um einen Drittel verkleinert wird, stützt sich auf gut ausgebildete Armeeangehörige ab. Was in öffentlichen Schulen aller Stufen und in der Wirtschaft absolute Selbstverständlichkeit ist, nämlich Voraussetzung schaffen für eine effiziente, solide Aus- und Weiterbildung, darf der Armee nicht vorenthalten werden. Gestatten wir diesen Fortschritt nicht, so schwächen wir unsere Armee aufs empfindlichste. Ausbildung betreiben auf Anlagen und mit Methoden von gestern, um die Wehrbereitschaft für morgen sicherzustellen wirkt sich demotivierend aus auf die Truppe. Es ist hinlänglich bekannt, dass nicht allein die Bewaffnung, sondern ebenso sehr die Motivation grossen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit ausübt.

Wer stellt sich in Zukunft noch zur Verfügung, sei es als Vorgesetzter oder als Instruktor, wenn der Staat nicht mehr gewillt und in der Lage ist, zeitgemässe Ausbildungsanlagen und Unterkünfte zur Verfügung zu stellen? Sicher nicht die fähigsten Leute! Die Konsequenzen sind absehbar.

Armee und Umweltschutz

Ein Hauptargument der Waffenplatzgegner ist der Umweltschutz. Sie stellen das Militär als schweren Sünder an der Natur hin und begründen damit ihre ablehnende Haltung für den Ersatzbau in Neuchlen-Anschwilen. Die Forderung, dass alle militärischen Anlagen der kantonalen Gesetzgebung über Schutz der Umwelt, der Raumplanung und der Baupolizei unterstellt werden müssen, wird ebenfalls vom Natur- und Umweltschutz her begründet.

Ausgewiesene Fachleute in Sachen Naturschutz, solche die nicht aus politischen Motiven urteilen, belegen das Gegenteil. So kommt der Naturschutzexperte Reto Zingg, Ebnet-Kappel, der für seine grossen Verdienste in Sachen Naturschutz von der st. gallischen Kulturstiftung ausgezeichnet wurde, zum Ergebnis, dass der Ausbau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen eine einzigartige Chance für die Natur sei. Was man auf anderen Waffenplätzen unschwer feststellen kann, nämlich dass sich eine Artenvielfalt in Fauna und Flora entwickelt, wird auch in Neuchlen-Anschwilen Wirklichkeit werden. Mit der Nutzung als Waffenplatz wird die heute intensive Landwirtschaft in eine extensive überführt, was gerade dem vielgehegten Wunsch der Naturschützer entspricht.

Von 90 Forderungen, die der Naturschutzbund gestellt hat sind deren 86 erfüllt. Da kann man nicht von Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur und der Umwelt sprechen. Repischtal und Frauenfeld sind zwei Beispiele, die die Expertise von Zingg aufs deutlichste untermauern. Bei uns sind die Waffenplätze ausserhalb der Belegung durch das

Militär der Öffentlichkeit zugänglich und sind nicht mit Drahtgitter abgesperrt wie im Ausland. Sie dienen als willkommenen Erholungsraum und bieten Gelegenheit um im zivilen Bereich die vielfältigsten Veranstaltungen durchzuführen.

Ich bestreite nicht, dass beim Militär in früheren Jahren Umweltsünden begangen worden sind. Wir alle sind in den vergangenen Jahrzehnten oft zu leichtfertig umgegangen mit der Natur. In diesem Bereich hat aber in letzter Zeit ein gewaltiger Gesinnungswandel eingesetzt. Das EMD hat aus den Fehlern gelernt, ist sensibilisiert um Natur und Umwelt Sorge zu tragen. Das sind die Realitäten. Von diesen müssen wir uns bei der Abstimmung leiten lassen.

Ein überzeugtes NEIN muss die Antwort sein, um in unserer Armee unseren jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine zeitgemässe Ausbildung zu ermöglichen und um eine schöne Landschaft in der Ostschweiz naturschützerisch aufzuwerten.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Volksabstimmung vom 6. Juni 1993:

Haben Sie an Ihrer Haustüre ein Schloss?

von CVP-Ständerat Markus Kündig, Zug

Mit Sicherheit werden Sie sich ob dieser dummen Frage ärgern. Das ist doch selbstverständlich und auch begründet. Denn ich will ja selbst entscheiden, wer in mein Haus kommt - und zudem - was da alles auf der Strasse herumläuft! Man ist ja vor Einbrechern selbst mit dem normalen Schloss nicht mehr ganz sicher.

Am 6. Juni werden wir auch über unsere Sicherheit abstimmen. Kreise, die vorgeben, eine Armee zum Schutz unseres Landes sei zu erhalten, beantragen deren Demontage.

Natürlich sprechen die Initianten blauäugig nur davon, die Armee müsse reduziert werden. Man könne ohne Probleme auf Waffenplätze und Flugzeuge verzichten. In Wirklichkeit haben sich diese Kreise aber klar zu erkennen gegeben. Die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" ist sich sehr wohl bewusst, dass sie ihr Ziel "einer Schweiz ohne Armee" nicht in einem Schritt erreichen kann. Also gehen sie nach dem bekannten Strickmuster der Salamtaktik vor. Sie reißen Steinchen um Steinchen aus der Mauer, bis sie nicht mehr in der Lage ist, Schutz zu bieten. Dann lässt sich deren Entfernung einfach begründen.

Es geht um unsere Sicherheit

Natürlich wäre es schön, wenn wir auf der ganzen Welt keine Armeen mehr brauchen würden. Natürlich wäre es ideal, wenn weder Polizei noch Gerichte notwendig wären, weil die Bewohner unseres Planeten auf einmal so vernünftig und friedfertig geworden sind.

Davon sind wir aber weit entfernt. Denken wir nur an Jugoslawien, an den Iran und den Irak, an die Türkei, die GUS-Staaten, an Afrika usw. Leider zeigt uns gerade das Problem der Rassenunterschiede, dass die latente Gefahr nicht unterschätzt werden darf.

Die Schweiz hat seit der Französischen Revolution eine gelebte Neutralität verkörpert. Sie war sich bis heute auch bewusst, dass man nur dann neutral sein kann, wenn man

in der Lage ist, sich selber zu schützen. Oder anders gesagt: wenn an der eigenen Haustüre ein Schloss ist, das man im Bedarfsfall schliessen kann. Wer aber das Schloss erst bestellt, wenn der Einbrecher das Haus ausgeraubt hat, muss dieses nicht mehr einsetzen.

Sabotage und Demontage

Bei den beiden Abstimmungen vom 6. Juni geht es nicht um den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen und die "Rettung" dieses Gebietes. Es geht auch nicht um den F/A-18. Es geht darum, dass moderne Ausbildungsplätze in der Schweiz nicht mehr realisiert werden können. Es geht darum, dass in den nächsten zehn Jahren kein Flugzeug mehr beschafft werden darf.

Mit beiden Aktionen will man unseren jungen Soldaten den "Verleider" anhängen. Wer will den schon in einer Armee Dienst leisten und sich zum Schützer des Vaterlandes ausbilden lassen, wenn diese Armee über untaugliche Mittel verfügt? Es geht also um sehr viel mehr als um den Waffenplatz oder das Flugzeug. Die GSoA versucht nur, das für die Armee vorgesehene Geld als Köder zu verteilen, um mehr Anhänger für ihre Demontage zu fangen.

Eine Gewissensfrage, die uns alle angeht

Die Landwirtschaft muss sich dabei besonders überlegen, ob ihr Auftrag, die Ernährungsbasis für Krisenzeiten zu sichern, noch viel Sinn macht, wenn wir unser Land nicht mehr schützen können. Die AHV-Rentner müssen sich überlegen, ob ein ungeschütztes und ausgeraubtes Land noch in der Lage sein wird, seinen sozialen Aufgaben nachzukommen. Und auch Arbeitslose müssen sich die Frage stellen, ob im unfreien Land eine Wirtschaft prosperieren kann, die ihnen Arbeitsplätze bietet und das Ueberleben sichert.

Die Begründung, der Weltfriede sei nun endgültig erreicht und der Selbstschutz damit überflüssig, war in den Dreissiger Jahren Grund dafür, dass Frankreich mit einer von Pferden gezogenen Artillerie im Zweiten Weltkrieg innert weniger Wochen kapitulieren musste.

Behalten wir an unserem Schweizerhaus ein einwandfreies Schloss und für unsere Freiheit auch eine tüchtige, gut ausgerüstete und zeitgemässe Armee. Lehnen wir deshalb die beiden Volksinitiativen vom 6. Juni 1993 deutlich ab!

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 6. Juni 1993

Die Lämmer und die Böcke

von alt Nationalrat Albert Rüttimann (CVP) Jönen AG

Am 6. Juni hat das Schweizervolk erneut über zwei Vorlagen abzustimmen, welche die Gemüter bewegen und bereits in zwei Lager, etwa gemäss Schrift in Lämmer und Böcke, getrennt haben. Schafe sind sie alle beide, also schützenswerte Kreaturen. Wie oft in der Tierwelt gehen auch bei den Menschen als Stimmbürger und Stimmbürgerinnen der Weg und damit auch das Ziel diametraler Richtung auseinander.

Die bürgerlichen Parteien haben für die beiden Armeeaushöhlungsinitiativen einstimmig oder mit erdrückender Mehrheit die Nein-Parole ausgegeben. Die SP spielt erneut ihre Doppelrolle (Regierung und Opposition), zusammen mit den Grünen und dem Landesring, und ist für zwei Ja. Während man bei anderen Abstimmungen den "Röschtigra- ben" bemühte, muss man diesmal wieder einmal vom "Ideologengraben" sprechen.

Die Bürgerlichen sind sich - trotz veränderter strategischer Lage in Europa - ihrer Verantwortung für die Sicherheit unserer Generation und derjenigen ihrer Nachkommen bewusst. Die Rot-Grünen wollen das gute Geld nicht für unseren Schutz bei nach wie vor möglichen bewaffneten Konflikten, sondern für irgend einen andern Zweck ausgeben. Für welchen, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Und sie schweigen sie sich darüber aus, dass Europa keineswegs einer Friedensinsel, sondern eher einem Hexenkessel gleicht. Aber um allfällige Konflikte auszubaden, dafür hätten wir dann ja noch die Amerikaner mit ihren NATO-Verbündeten ...

Was mich bedrückt, ist die Tatsache, dass offenbar auch bürgerliche Männer und Frauen ins gleiche Horn wie die zahlenmässig kleinere rotgrüne Allianz blasen. Die beiden penetranten Anti-Armee-Initiativen stammen ja aus diesem Lager. Was an sich heissen würde, sie ganz besonders auf Herz und Nieren zu prüfen. Und da steht fest, dass das Geburtsrecht für diese Initiativen vom extrem linken Flügel dieser Gruppierung in Anspruch genommen wird. Vor Extremen ist keine Partei gefeit. Dass eine Bundesratspartei jedoch einstimmig nach einem Genossen nachlaufen kann, der den Militär- und auch den Zivildienst verweigert, der als Volksvertreter sich dafür Gefängnis aufbrummen lässt, ist für mich unerklärlich und unakzeptabel.

Hunderttausende von Schweizer Männern und Frauen leisten dagegen ihre Bürgerpflichten ohne Murren, leisten ihren Militär- oder Zivildienst, um bei einem Störfall unsere Grenzen und unsern Luftraum verteidigen zu können. Frauen und Mütter unterstützen sie dabei mit vielen Verzichten. Gleichzeitig sind sie sich aber auch bewusst, dass Wehrdienst leisten nur einen Sinn hat, wenn die Armeeangehörigen menschenwürdig untergebracht, gut ausgebildet und glaubhaft bewaffnet sind.

Dies hat selbstredend seinen Preis, braucht Ueberwindung, Opfer und Zukunftsglaube. Verweichlichung, Bequemlichkeit und ein fatalistisches "laisser faire" würde unseren Selbsterhaltungstrieb, unsere historische Verteidigungsbereitschaft ernsthaft in Frage stellen. Dies sollten auch unsere Hoffnungsvolle Jugend und unsere Frauen vor der Stimmabgabe bedenken. Sich Ideologen anzuhängen, hat sich in der Geschichte noch immer als verhängnisvoll erwiesen. Darum ein verantwortungsvolle Nein zu den beiden Initiativen!

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Missbrauch des Initiativrechts und Irreführung

von alt Nationalrat Prof. Dr. Hans Oester (EVP), Zürich

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 6. Juni 1993 sind folgende Bemerkungen zu machen:

Missbrauch

Das wertvolle Instrument der Volksinitiative soll dem Souverän ermöglichen, Anstösse für die Fortbildung des Rechts zu geben. Mit den beiden Initiativen der Gruppe, die nach wie vor unsere Armee abschaffen will, soll jedoch etwas ganz anderes erreicht werden: Von den verfassungsmässig zuständigen Staatsorganen gefasste Beschlüsse sollen nachträglich umgestossen werden. So wird das Initiativrecht missbraucht. Aus verfassungsrechtlichen Gründen müssten die beiden GSoA-Begehren für ungültig erklärt werden! Wird das auch künftig nicht getan, verludert unser Rechtsstaat.

Irreführung

Ein ehrliches Begehren trägt einen wahrheitsgetreuen Titel. Nur hinterhältige Initiativen müssen sich tarnen. So die Waffenplatz-Initiative. Ihr Titel suggeriert den Stimmberechtigten erstens, dass die für die Landesverteidigung Verantwortlichen mehr als vierzig Waffenplätze wollen. Das Gegenteil ist der Fall, denn der 40. Waffenplatz wird bald aufgehoben.

Zweitens will der Titel der Initiative zur Annahme verleiten, die Armee setze sich über den Umweltschutz hinweg. Auch diese Unterstellung ist tatsachenwidrig. Eine strenge Verordnung regelt die von der Armee zu treffenden Schutzmassnahmen.

Drittens wird unterschlagen, dass eine genügende militärische Ausbildung nicht allein von der Zahl der Uebungsplätze abhängt, sondern auch von deren Ausstattung. Mit der "Reform 95" wird die Armee nicht nur kleiner; sie erhält auch neue, zusätzliche Aufgaben im Bereich der Katastrophenhilfe und der Friedensförderung. Das erfordert angepasste Ausbildungseinrichtungen. Eine Annahme der Initiative würde zeitgemässe Umgestaltungen stark erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen.

Auch die Initiative gegen unsere Luftwaffe zielt in Tat und Wahrheit nicht auf eine Denkpause, sondern auf eine entscheidende Schwächung unserer Abwehrfähigkeit. Missbräuchliche und irreführende Initiativen verdienen unser überzeugtes Nein!

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Die Armee ist auch Frauensache

von Oberst Doris Portmann-Gilomen, Fürsprecherin, Stab Flieger- und Fliiegerabwehrtruppen

Armee - eine Männersache? Flugwaffe - ein Spielzeug für grosse Buben? Nein! Seit zwanzig Jahren bin ich als Frau bei den Flieger- und Fliegerabwehrtruppen eingeteilt und leiste regelmässig in deren Stab Dienst. In dieser langen Zeit habe ich immer wieder erfahren, wie wichtig unsere Armee zum Schutze von uns allen, Frauen und Männern jeglichen Alters, ist. Ich konnte mir wertvolle Kenntnisse aneignen. Die Verteidigung unseres Landes ist für mich kein Geheimnis mit sieben Siegeln mehr. Die Armee ist also auch Frauensache. Aber auch unsere Flugwaffe ist nicht nur Männersache. Einerseits werden Frauen bereits seit dem zweiten Weltkrieg bei den Fliegerbodentruppen eingesetzt und neuerdings sogar als Helikopterpilotinnen ausgebildet, andererseits - und dies ist noch viel wichtiger - schützen die Fliegertruppen unseren Luftraum und damit auch uns Frauen.

Damit ist klar, dass wir Frauen uns alle mit den beiden militärpolitischen Vorlagen, die am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangen, auseinanderzusetzen haben.

"Sowohl - als auch"

In Diskussionen werde ich immer wieder gefragt, weshalb wir unseren Luftraum nicht mit Raketen statt mit Flugzeugen verteidigen könnten. Wahrscheinlich sind die eindrucklichen Bilder des Golfkrieges mit seinen Patriot-Raketen noch vor Augen.

Während meiner langen Tätigkeit im Rahmen der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen ist mir klar geworden, dass es bezüglich Verteidigung unseres Luftraumes kein "Entweder - oder", sondern nur ein "Sowohl - als auch" gibt. Die Flugwaffe ist eine Element der ersten Stunde, indem sie jederzeit unseren Luftraum überwachen und damit die Abwehrbereitschaft unseres Landes signalisieren kann. Denken Sie an den Golfkrieg, wo es ausländischen Militärflugzeugen verboten worden war, über schweizerisches Territorium zu fliegen. Wenn ein ausländisches Flugzeug dies dennoch getan hätte, wäre es durch schweizerische Flugzeuge in der Luft aufgefordert worden, unseren Luftraum zu verlassen. Auf keinen Fall hätte man aber in einer solchen Situation das eindringende Flugzeug mittels einer Rakete abschiessen dürfen. Raketen können weder beobachten,

noch identifizieren oder warnen. Es kann nur geschossen oder nicht geschossen werden.

Flugzeuge können überall und rasch eingesetzt werden. Dort, wo sie benötigt werden, kommen sie innerhalb Minuten zum Zuge. Ein Raketensystem könnte niemals flächen-deckend ausgebaut werden, da die Kosten dafür ins Unermessliche stiegen. Damit bestünde die Gefahr, dass ein Teil unserer Bevölkerung und unseres Territoriums zu wenig geschützt wäre, dies vor allem auch, weil weltweit kein Flabsystem besteht, welches sehr tief fliegende Flugzeuge erfassen kann - in unserer gebirgigen Schweiz ein grosses Handicap!

Noch etwas: Es besteht auf der ganzen Welt kein Land, das sich darauf verlässt, einen Luftraum ausschliesslich mit Raketen zu verteidigen. Vielmehr wird überall alles getan, damit die Flugwaffe modern und leistungsfähig ist. Denken Sie zum Beispiel ans neutrale Finnland, welches 64 F/A-18 Flugzeuge bestellt hat. Verteidigungsminister ist übrigens eine Frau, welche klar davon überzeugt ist, dass ihr Land diesen Luftschirm braucht! Wissen wir Schweizer es besser als alle anderen?

Zwei Nein

Armee, Flugwaffe - Männersache? Nein! Ich fordere Sie auf, am 6. Juni 1993 zwei NEIN in die Urne zu legen!

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Eine Schweiz ohne Flugwaffe

Vier fiktive Zukunftsszenarien

von Laurent F. Carrel, Professor für aktuelle Militärwissenschaften an der Universität Bern

Szenarium 1: Am Abend des 6.6.93, Annahme des Flugzeugmoratoriums

Bei der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" herrscht ausgelassene Feststimmung. Die Trendmeldungen erhärten sich, das Schweizervolk hat mehrheitlich ein JA zu einer Schweiz ohne Kampfflugzeuge in die Urne gelegt, Grund genug, ein Bombenfest steigen zu lassen. In der Diskussion ist man sich einig: "Dem EMD haben wir nicht nur den Marsch geblasen, sondern zusätzlich die Armee 95 aus den Angeln gehoben" - "unserem Endziel, der Abschaffung der Armee, sind wir ein gewaltiges Stück näher gekommen" - "jetzt hat sich die Strategie bewahrheitet, die Abschaffung einer Armee ist ein Prozess, nur in Etappen kommen wir armeefrei ins nächste Jahrhundert". In der allgemeinen Euphorie werden bereits die Chancen der nächsten Initiative zur Entwaffnung der Schweiz erwogen: "für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik", "für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur", "für eine Schweiz ohne allgemeine Wehrpflicht und stattdessen einem freiwilligen Gemeinschaftsdienst", "für eine Schweiz ohne Armee 2"... Was die Bürger letztendlich zu einem JA bewogen hat interessiert weniger. - "Die verordnete Denkpause gilt ohnehin nur fürs EMD, wir konzentrieren uns voll auf den nächsten Etappensieg", lautet die Devise. Der Wettbewerb des Abends ist, wer der gutgesinnten Presse die zugkräftigsten Titel für die morgigen Kommentare liefern kann. An Vorschlägen fehlt es nicht: "Bauchlandung der Hornisse". "Das Volk stützt dem EMD die Flügel", "Etappengewinn auf dem Zwischenspur in Richtung armeefreie Schweiz" ...

Szenarium 2: Eine Woche später, in den europäischen Hauptstädten

Routinemässig haben politisch-militärische Stäbe die Aufgabe, sicherheitspolitische Veränderungen der Lage auszuwerten. In allen Hauptstädten unserer Nachbarländer, bei den übrigen Neutralen Europas, bei der Westeuropäischen Union und der Westlichen Allianz sind deshalb, mit unterschiedlichem Gewicht und Interesse, die Konsequenzen der Abstimmung in der Schweiz in der Woche nach dem 6.6. ein Traktandum. Schliesslich war in jüngster Vergangenheit das Ueberflugsverbot der Schweiz im Golfkrieg mehr als ein Aergernis. Was bei den ausländischen Lagerberichten über die Schweiz auffällt ist, dass sie sich in der objektiven Beurteilung der neutralitäts- und sicherheitspolitischen

Konsequenzen ähnlich sind wie ein Ei dem andern. Bei der subjektiven Kommentierung gehen sie je nach geographischem Standort weit auseinander. Bald wird klar, dass auch das sicherheitspolitische Image der Schweiz im Ausland grössere Löcher aufweist, als der geschätzte Emmentaler. "Die Schweizer haben bereits am 6.12.92 die Auswirkungen ihres Entscheides im Ausland unterschätzt. Was in der Diskussion vor der Abstimmung vom 6.6.93 auffiel war, dass die hohe negative politische Signalwirkung nach aussen praktisch ignoriert wurde", meint ein Lagevortragender. Es liess jeden Zuhörer aufhorchen, wie viele sarkastische oder verärgerte Bemerkungen über den "sicherheitspolitischen Profiteur und Trittbrettfahrer", den unsolidarischen Sonderling", den "armen helvetischen Egoisten", der nicht gewillt ist, den Preis von zehn Kaffee pro Jahr und Einwohner für die 30 Lebensjahre eines neuen Kampfflugzeuges auszugeben, sonst aber im europäischen Vergleich völlig überteuert ist". - "Während Jahrzehnten haben die Neutralen von der nuklearen Abschreckung profitiert und nun, nach Ende des Kalten Krieges, glaubt die wohlhabende Schweiz, sie könne ein billiges sicherheitspolitisches Schmarotzertum auf Kosten der Europäer praktizieren?" - "Bei den UNO-Einsätzen wollen sie sich auch nur die schmerzlosen und gefahrlosen Einsätze herauspicken", so lauten einige, wenig schmeichelhafte Feststellungen hinter verschlossenen Türen.

Objektiv, aber hart in der Sache sind die Kommentare zu den neutralitäts- und sicherheitspolitischen Konsequenzen: "Die Schweiz wird ohne effiziente Luftverteidigung nicht in der Lage sein, in einem Europa betreffenden Konflikt, ihre neutralitätsrechtlichen Pflichten zu garantieren. Sie hat mit diesem Entscheid verzichtet, den politischen Tatbeweis für Verlässlichkeit, Kontinuität und Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität zu erbringen", lautet die Prognose im Rapportraum eines neutralen, nördlichen Landes.

"Im sicherheitspolitischen Bereich lohnt es sich festzuhalten", meint ein anderer Kommentator, "dass zwischen den deklarierten sicherheitspolitischen Zielen der Schweiz und ihren Mitteln, keine Kongruenz mehr bestehen wird, insbesondere im Bereich der Wahrung der Handlungsfreiheit und der Kontrolle des Luftraums". Auf die Frage, was dies konkret heisse, meint der Experte: "Da die Schweiz kontinuierliche Anstrengungen zur Wahrung der Lufthoheit scheut und auf die flexibelsten Kräfte verzichtet, wird die Handlungsfreiheit ihrer zivilen und militärischen Führung in einer Krise und im Konflikt drastisch reduziert, der Bevölkerungsschutz wird nur mehr beschränkt möglich sein. Das wichtigste ist, auch wenn sie später ihren Fehlentscheid einsieht, wird sie nicht in der Lage sein, zeitgerecht eine Kursänderung vorzunehmen, falls sich infolge einer Krise die Situation rasch verschlechtert."

Szenarium 3: 1996, Auf dem Weg zur Schweiz ohne Flugwaffe

Im Theoriesaal des Flugplatzes Payerne herrscht eine denkbar schlechte Stimmung. Im Anschluss an ein Referat diskutieren die Piloten über die Kernaussage, dass eine schlecht ausgerüstete und schlecht ausgebildete Schweizer Armee weder ein Beitrag zur Stabilität noch zur Friedensförderung in Europa ist. - "Im Gefolge der Abstimmung

sind nicht nur Zweifel an unserer Verteidigungsfähigkeit rasch gestiegen" meint ein junger Pilot, "ihr könnt mir schlicht nicht mehr zumuten, mit einer technisch mehrfach unterlegenen Maschine den Luftpolizeidienst, geschweige denn die Luftverteidigung ernst zu nehmen". "Zudem", fügt er bei "unser finnischen Gast hat recht, ohne Flugwaffe ist die Landesverteidigung unmöglich". - "Früher haben wir über die Zustände in der österreichischen Luftwaffe gewitzelt", meint sein Kollege. "wir nannten sie kameradschaftlich Militärsportflieger. Bald sind wir gleich weit, die besten Berufspiloten und zivilen Ingenieure haben technisch anspruchsvolle Jobs mit guten Berufsperspektiven bei der Zivilluftfahrt gefunden", und bitter fügt er bei, "wir haben vor drei Jahren nicht über eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge, sondern über eine Schweiz ohne Luftwaffe abgestimmt". Als sich das Gerücht bewahrheitet, dass schon wieder ein hoch qualifizierter Kommandant des Ueberwachungsgeschwaders zur neu gegründeten Euro-Line wechselt, sinkt die Moral auf den Nullpunkt.

Szenarium 4: 1999, Europa im Konflikt, Terror aus der Luft

Aus einem Konflikt um lebensnotwendige Wasserressourcen im Nahen und Mittleren Osten entwickelt sich ein Kampf um die machtpolitische Vorherrschaft, der rasch bedrohliche Züge annimmt. Drei der beteiligten Staaten besitzen ein Nuklearprogramm, fünf verfügen über Kurz- und Mittelstreckenraketen und zwei verdächtigt man, über chemische Kampfstoffe zu verfügen. Schlagartig ändert sich die Situation in Europa, als zwei südliche Mitglieder der NATO in den Konflikt verwickelt werden, die Kämpfe im Balkan wieder aufflammen und verschiedene Staaten Nord-Afrikas und im Süden der GUS Partei ergreifen. Die westliche Allianz sieht sich in dreifacher Hinsicht gezwungen, rasch und entschieden einzugreifen: einmal aus eindeutigen vertraglichen Bündnisverpflichtungen, zweitens unter UNO-Mandat um eine regionale Eskalation zu verhindern und drittens, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen präventiv zu verhindern. Ihre dreifache Strategie beinhaltet, die zwei Bündnispartner rasch auf dem Luft-, Land- und Seeweg zu verstärken, im ehemaligen Jugoslawien dem einst hart errungenen Friedensplan Nachachtung zu verschaffen, indem geschützte Zonen für die Zivilbevölkerung aus der Luft überwacht werden und schliesslich, eine umstrittene Massnahme, die präventive Bombardierung von Nuklearproduktionsstätten und Fabriken zur Herstellung von chemischen Kampfstoffen.

Im Planungsstab der westlichen Allianz und der Westeuropäischen Union ist man sich einig, dass aus den Risiken für Europa auch der Schweiz Verpflichtungen erwachsen. Sie soll diesmal ungehindert Ueberflugrechte gewähren, die wichtigen Transversalen offenhalten und den Schutz des Luftraumes sicherstellen. Auch die Sanktionen der Völkergemeinschaft gegen die zwei Hauptkontrahenten soll die Schweiz solidarisch mittragen. Der Landesregierung stellen sich heikle Neutralitätsfragen. Ihr wird bewusst, dass die Verpflichtung zum Schutz des schweizerischen Luftraumes nur begrenzt erfüllt werden könnte, dass sie gezwungen wäre, faktisch Souveränitätsrecht im Luftraum preiszugeben.

Für die Schweiz nimmt der Konflikt eine unerwartet dramatische Wende, als eine Terrorkampagne neuen Stils ausgelöst wird. Ziel bildet die Zivilbevölkerung jener Staaten, die die Sanktion der UNO mittragen. In Westeuropa sollen als Vergeltung neuralgische Infrastrukturanlagen mit potentiell katastrophalen Folgen aus der Luft angegriffen werden. Ausgeführt werden die Angriffe durch todesmutige, religiös motivierte Kamikaze-Piloten, die in ihren Herkunfts-Luftwaffen bestens, zum Teil sogar im Westen, ausgebildet wurden. Sie verfügen über modernste Kampfflugzeuge mit Abstandswaffen, die aus grosser Distanz eingesetzt werden können. Die Bedrohung kommt für die Schweiz von Süden und Osten mit ohnehin geschwächter Luftverteidigung über dem Mittelmeer und dem Nachbarland Oesterreich. Die Bevölkerung ist nicht nur verunsichert, sondern zutiefst besorgt, ja verängstigt. Der Landesregierung ist klar, dass der Bevölkerungsschutz gegen die angedrohten Terrorangriffe aus der Luft mit den noch vorhandenen "Mirage" und "Tiger" nicht, und mit der Fliegerabwehr schon gar nicht mit Aussicht auf Erfolg sichergestellt werden kann. Der Bundesrat entschliesst sich, auf Antrag des sozialdemokratischen Vorstehers der Sicherheitsdepartementes, in dieser Notsituation Schutzbegehren an die westliche Allianz zu stellen. Man ist sich einig: "Ohne Lufthoheit ist die Neutralität ohnehin faktisch hinfällig geworden, die Existenzsicherung des Volkes geht vor". Das Begehren wird, wie viele andere auch, routinemässig den politisch-militärischen Stäben zur Beurteilung übergeben. Diese sind gezwungen, wegen der beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel in der Luft harte Prioritäten nach eigenen Bedürfnisse, in Berücksichtigung der Verteilung der sicherheitspolitischen Lasten und Risiken im Bündnis, sowie der europäischen Solidarität der Nichtmitglieder zu setzen. In Erwartung der Antwort tagt der Bundesrat permanent in Krisensitzung. Vor dem Bundeshaus werden an einer Grossdemonstration wirksame Abwehrmassnahmen gegen die drohende Gefahr verlangt. Der Bundesrat will sich am Abend mit einer Erklärung an die aufgebrachte Bevölkerung richten, als die Ablehnung des Gesuchs eintrifft: "Die Ressourcen in der Luft sind völlig überstrapaziert, die westliche Allianz sieht sich zum jetzigen Zeitpunkt ausserstande, zum Zwecke des Bevölkerungsschutzes für die Schweiz Luftverteidigungsmittel freizustellen, deren Luftraum zu überwachen, zu kontrollieren oder zu verteidigen".

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Andreas Gross - Vom Vordenker zum Märtyrer?

von Divisionär z.D. Gustav Däniker

Im Kampf um die Initiative gegen neue Kampfflugzeuge spielt sich ein merkwürdiger Prozess ab. Und zwar beim Vordenker der GSoA Andreas Gross selbst. Sein Gedankengebäude ist ziemlich durcheinandergeraten. Der Jugoslawienkonflikt macht ihm zu schaffen. "Auch ich weiss, dass man den Menschen in Bosnien heute mit absolutem Pazifismus nicht mehr helfen kann." Vor Tische las man's anders.

Seine Selbstkritik geht sogar darüber hinaus: Ein grosser Krieg in Europa sei zwar unwahrscheinlich. "Wenn wir aber dann aufgrund weltpolitischer Veränderungen zum Beispiel im Jahr 1996 zur Kenntnis nehmen müssten, dass das Moratorium ein Fehler war - also dann sind wir (!) doch bereit, innert Monaten einen neuen Verfassungsartikel vor das Volk zu bringen, der das Beschaffungsverbot wieder aufhebt!" Abgesehen von der unglaublichen Arroganz, der aus diesen Worten spricht - weiss der Herr Nationalrat wirklich nicht, wieviel Zeit vom Unterschriftensammeln bis zur Volksabstimmung jeweils vergeht? Und sieht er nicht, wie er mit solchen flotten Sprüchen die "radikaldemokratische Ordnung", die ihm vorschwebt, als Chaospolitik des einmal Hüst und einmal Hot entlarvt?

Seine parlamentarische Ignoranz (oder Unehrllichkeit?) zeigt Gross auch bei der Frage, was mit den 3,5 Mia. bei einer Annahme der Initiative geschehen würde. Es sei "eine absolute Frechheit" zu behaupten, diese gehörten dem EMD. "Bei einem Ja wollen sich die Bürgerlichen erklärermassen einfach über den Volkswillen hinwegsetzen und dann Kanonen statt Flieger kaufen". Mit Verlaub Herr Gross, worüber stimmen wir denn am 6. Juni ab? Doch über ein gegen die Flugwaffe gerichtetes Moratorium und über nichts anderes. Daneben gibt es eine Finanzplanung des Bundes, in dem das Militärbudget klar umrissen ist, und aus dem auch die F/A-18 Kredite kommen werden; eine Umverteilung, die an sich möglich ist, hinge wiederum vom Bundesrat und Parlament ab, die sich kaum sehr beeilen dürften, das Spiel der GSoA munter weiterzuspielen. Es gibt noch andere Lücken in unserer Wehrbereitschaft, die dann erst recht geschlossen werden müssten. Wer aber den "Volkswillen" nach Bedarf für sich pachtet und hin und her interpretiert, verdient die Bezeichnung Demagoge.

Auch sonst erfahren wir in letzter Zeit sehr viel über Herrn Gross. Kaum ein Medium, das auf sich hält, versucht nicht seine Gedankenwelt zu ergünden und seine

heimischen Gepflogenheiten zu schildern. Das ist ja auch legitim bei einem Politiker, der den Anspruch erhebt, die Schweiz müsse ihm gegen alle Lehren der Geschichte und Regeln kluger Vorsicht in eine bessere Welt des akzeptierten Risikos folgen. Wir wollen die Elemente dieses in Puzzleform allmählich vorliegenden Psychoprogramms denn auch nicht hinterfragen. Nur eine Bemerkung muss sein: Gross gibt sich jetzt mehr und mehr als Märtyrer, der von seinen politischen Gegnern persönliche Anrempelungen erleiden muss. Er weiss offenbar sehr gut, wie rasch sich Schweizerinnen und Schweizer für einen von einer Uebermacht Bedrängten erwärmen können. Aber aufgepasst: Gross ist die Gallionsfigur einer Bewegung, die es fertig bringt, einen schweizerischen Bundesrat auf unflätigste Weise persönlich anzugreifen und die versucht, ihren politischen Gegner Nr. 1 damit lächerlich zu machen. Unseres Wissens hat die GSoA ihre berüchtigte CD nicht nur nicht zurückgezogen, sondern finanziert ihren "Kampf für Demokratie und Volkswillen" mit diesem verabscheuungswürdigen Produkt munter weiter. Und unseres Wissens hat sich Gross noch nie öffentlich davon distanziert, sondern im Gegenteil einen Appell an seine Gegner erlassen, man solle doch einen fairen Abstimmungskampf führen!

Gross - und dies zum Abschluss - ist auch der Autor eines Kapitels im neuen GSoA Buch, dessen Titel dem Stimmvolk vorgaukelt, es gehe beim Kampf der GSoA lediglich um einen "demokratischen Kompromiss" und nicht etwa um ihr erklärtes Endziel einer Abschaffung der Armee. In diesem Kapitel greift er den Unterzeichneten zweimal mit unwahren Angaben persönlich an. Eine Korrektur oder auch nur eine Entschuldigung ist trotz Intervention bisher nicht erfolgt. Und diesem Manne samt seiner kleinen Extremistengruppe scheinen trotz den eindeutigen Empfehlungen von Bundesrat und Parlament nach wie vor eine ganze Anzahl Schweizer zu folgen und ihre Selbstentwaffnung einleiten zu wollen. "Ich habe eben Ideen, Gedanken und Utopien." (Gross über Gross). Wer könnte denn da noch kleinlich sein.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Parolenspiegel für die eidgenössische Volksabstimmung vom 6. Juni 1993					
<u>Anti-Flugwaffen-Initiative</u>			<u>Waffenplatz-Initiative</u>		
Nein-Parole	Ja-Parole	Stimmfreigabe	Nein-Parole	Ja-Parole	Stimmfreigabe
CVP			CVP		
FDP			FDP		
	SPS			SPS	
SVP			SVP		
Liberale			Liberale		
Autopartei			Autopartei		
EVP			EVP		
Schweiz. Demokraten			Schweiz. Demokraten		
Junge CVP			Junge CVP		
Junge LdU				Junge LdU	
	GPS			GPS	
	LdU			LdU	
EDU			EDU		
	Lega				Lega
Vorort			Vorort		
Schweiz. Gewerbeverband			Schweiz. Gewerbeverband		
VSA (Angestellten Verbände)			VSA (Angestellten Verbände)		
LFSA					LFSA
		CNG			CNG
					SMUV
	SGB			SGB	
	GBJ			GBJ	
Schweiz. Offiziersgesellschaft (SOG)			Schweiz. Offiziersgesellschaft (SOG)		
Armeeveteranen			Armeeveteranen		
Zivilschutzverband			Zivilschutzverband		
				WWF	
AUNS			AUNS		

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 4
25. Mai 1993

Inhaltsverzeichnis

Im Rahmen des Pressedienstes des Schweizerischen Aktionskomitees "Gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" haben Sie bisher die nachfolgend aufgeführten Beiträge zur freien Verfügung erhalten. Möchten Sie einzelne Artikel oder ganze Pressedienste nachbestellen, können Sie dies ungeniert über Fax-Nummer 031 / 44 03 30 tun.

Pressedienst Nummer 1 vom 23. März 1993

- Gründungscommuniqué des Schweizerischen Aktionskomitees
- Artikel "Deutliche Abfuhr"
von Ständerat Dr. Willy Loretan (FDP/AG)
- Artikel " Armeeabschaffung in Raten "
von Ständerat Oswald Ziegler (CVP/UR)
- Artikel "Das Kleingedruckte lesen "
von Anton Stadelmann, Bern
- Artikel "Konsequenzen tragen "
von SVP-Presseschef Martin Baltisser, Bern
- Artikel "Mogelpackung "
von Matthias Stadelmann, Bern
- Dokumentation Patronatskomitee
- Bildmaterial

Pressedienst Nummer 2 vom 6. April 1993

- Einladung zur Pressekonferenz vom 19. April
- Artikel "Sicherheitspolitik als Bestandteil der Friedenspolitik "
von Ständerätin Christine Beerli (FDP/BE)
- Artikel "Keine Zweifel am doppelten Nein "
von Ständerat Hans Uhlmann (SVP/TG)
- Artikel "Unsere Sicherheit steht auf dem Spiel "
von Ständerat Hans Jörg Huber (CVP/AG)
- Artikel "Flugzeugbeschaffung aus wirtschaftlicher Sicht "
von Dr. Daniel Heller, FDP-Grossrat (AG)

- Artikel "Ihre Privatversicherung ist ohne staatlichen Schutz nutzlos"
Schweizerisches Aktionskomitee "Gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6.6."
- Dokumentation Kantonale Stützpunkte
- Bildmaterial

Pressedienst Nummer 3 vom 4. Mai 1993

- Artikel "Nährstand und Wehrstand gehören zusammen"
von Nationalrat Jakob Bürgi (CVP/SZ)
- Artikel "Kosten tragbar und verantwortbar"
von Ständerat Dr. Willy Loretan (FDP/AG)
- Artikel "Gefährdung der Selbstbehauptung"
von Militärgeschichtler und Divisionär z.D. Dr. Gustav Däniker
- Artikel "Sicherheitspolitik im Wertewandel"
von ETH-Professor Dr. Karl W. Haltiner
- Artikel "Ein faktisches Bauverbot für die Armee?"
von Dr. Daniel Heller, FDP-Grossrat (AG)
- Artikel "Hat da tatsächlich einer "Raketen" gesagt?"
von Myrta Welti, wissenschaftliche Mitarbeiterin der SVP-Schweiz
- Artikel "Auch für die Schweizer Industrie interessant"
von Matthias Stadelmann, Bern
- Graphik "Konflikte in Europa"
- Kurzinformation und Argumentarium des "Schweizerischen Aktionskomitees
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Konflikte • Conflicts • Conflitti Welt 92/93

 **Krieg/Konflikt • Guerre/Conflit • Guerra/Conflitto**  **Terror • Terreur • Terrorismo**

 **Spannung • Tension • Tensione**

 **Bürgerkrieg • Guerre civile • Guerra civile**

 **Brennpunkt • Point chaud • Punto caldo**

